



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 25. Januar 2021
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

A 307 Anfrage Setz Isenegger Melanie und Mit. über die Sensibilisierung für Racial oder Ethnic Profiling bei der Luzerner Polizei und den Justizbehörden / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Melanie Setz Isenegger ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Melanie Setz Isenegger: Ich danke den betreffenden Stellen für die ausführliche Beantwortung meiner Anfrage. Ethnic oder Racial Profiling ist kein neues Phänomen, aber dank der gesellschaftlichen Entwicklung nennt man es heute beim Namen. Gerade im vergangenen Sommer sahen wir Bilder aus den USA, die mich persönlich erschütterten und auch in Europa zu Protesten geführt haben. Auch in der Schweiz sind einige Menschen für die «Black Lives Matter»-Bewegung auf die Strasse gegangen als Statement gegen Rassismus und Diskriminierung. Dies war keine einfache Situation, insbesondere auch für die Polizistinnen und Polizisten, die sich tagtäglich auch auf der Strasse bewegen und ihre Arbeit nach bestem Wissen und Gewissen ausführen. Ich möchte deshalb an dieser Stelle auch festhalten, dass die SP der Ansicht ist, dass sich die Mehrheit der Luzerner Polizistinnen und Polizisten der Problematik bewusst ist und sensibel mit allen Bevölkerungsgruppen umgeht, dies auch dank einer breiten Aus- und Weiterbildung, wie in der Antwort zu lesen ist. Die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Menschen und deren Hintergründen sind da ein Thema. Gemäss der Antwort ist die Sensibilisierung der Luzerner Polizei und der Justiz auch bei knappen Ressourcen wichtig und wird auf allen Stufen in unterschiedlichen Bildungsangeboten wahrgenommen. Wir hoffen, dies bleibt weiterhin so, und fragen uns gleichzeitig, in welchen Bereichen dann bei Personal- oder Finanzknappheit Abstriche gemacht werden müssen, was im Kanton Luzern schon Dauerzustand ist. Bemerkenswert finden wir die Ausführungen in der Antwort über den Brückenbauer der Luzerner Polizei, der die interkulturelle Kompetenz bei den Mitarbeitenden stärken und so auch dem Racial Profiling entgegenwirken soll. Im letzten Geschäftsbericht der Polizei und im Beitrag in der «Luzerner Zeitung» vom vergangenen Dezember wird der Brückenbauer aber auch als Instrument gegen Radikalisierung und gewalttätigen Extremismus betrachtet. Aus Sicht der SP wird die interkulturelle Verständigung bei zwei so unterschiedlichen Anforderungen an den Brückenbauer schwierig. Wir sind gespannt, welche Themen Siro Burkard nach der Einarbeitung tatsächlich beschäftigen werden. Neben der Sensibilisierung des Korps sind unserer Ansicht nach auch die Haltung, die Vorbildrolle und das Vertrauen beim Thema Diskriminierung essenziell. Sensibilisierung und Schulungen, so wichtig diese auch sind, sind nicht nachhaltig, wenn Vorbilder und eine Diversifizierung bei den Behörden selber fehlen. Sie haben die Möglichkeit, dies im Kanton Luzern mit einer Annahme des nächsten Geschäftes zu ändern. Ausserdem ist eine Nulltoleranz der Führungspersonen und Arbeitskolleginnen und -kollegen bei rassistischen oder diskriminierenden Äusserungen und Handlungen am Arbeitsplatz und gegebenenfalls auch privat, zum Beispiel in Chats,

unbedingt notwendig. Dies lässt sich schwer überprüfen, aber durch eine sorgfältige Rekrutierung – wie sie auch in der Antwort erwähnt wird – in einer gewissen Weise steuern. Schlussendlich zum Stichwort Vertrauen: Wir finden es bedauerlich, dass es im Kanton Luzern nach wie vor keine Anlaufstelle gibt, an die sich die Bevölkerung oder auch Mitarbeitende bei Bedarf wenden können. Es ist zwar löblich, wenn die Luzerner Polizei Beschwerden intern standardisiert behandelt, dies entspricht aber nicht einer neutralen und unabhängigen Beschwerdestelle und hält unter Umständen betroffene Menschen auch davon ab, sich zu beschweren. Glücklicherweise gibt es im Kanton Luzern aber auch noch private Informations- und Beratungsstellen, die diese Aufgabe teilweise übernehmen. Aber so wird es wohl auch in Zukunft nicht möglich sein, die eingegangenen Beanstandungen statistisch zu erfassen und konkrete Gegenmassnahmen einzuleiten. Schlussendlich sind wir alle nicht vorurteilsfrei, und es liegt auch an jedem selber, nicht nur an den Polizistinnen und Polizisten, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten, Richterinnen und Richtern, Diskriminierungen und menschenverachtendes Verhalten zu benennen und Courage zu zeigen, wenn unser privates oder berufliches Umfeld laut oder leise andere Menschen diskreditiert.

Mario Cozzio: Die GLP nimmt positiv zur Kenntnis, dass das Thema Racial und Ethnic Profiling bei der Luzerner Polizei einen hohen Stellenwert hat und in der Theorie mehrfach geschult wird. Unsere Partei steht für Chancengleichheit und setzt sich gegen Diskriminierungen jeglicher Art ein. Wichtig ist in Bezug auf diese Anfrage, dass die knappen Mittel effizient genutzt werden. Da es in diesem Fall aber kein Monitoring gibt, ist nicht nachweisbar, ob die Schulungen Früchte tragen. Wenn das Thema wirklich ernst genommen wird, muss ein Controlling möglich sein. Eine unabhängige Meldestelle wäre hierfür durchaus prüfenswert. Beanstandungen müssen aufgearbeitet werden, und aus Fehlertritten muss gelernt werden können. Wichtig ist unter dem Strich, dass wir uns alle bewusst sind, dass Racial Profiling auch in unserem Kanton existiert. Genau deshalb sind wir umso mehr in der Pflicht, weiterhin politisches Augenmerk auf die Thematik zu richten. Entsprechend und im Sinn einer wirkungsvollen Verwaltungsführung müssen wir überprüfen können, ob die ergriffenen Massnahmen auch Wirkung zeigen.

Inge Lichtsteiner-Achermann: Für die CVP sind die Antworten auf die Anfrage klar und schlüssig. Es besteht bei der Luzerner Polizei und bei der Justiz eine starke Sensibilisierung für dieses Thema. Aus- und Weiterbildungen finden regelmässig statt, und die Gleichbehandlung aller Menschen jeglicher Herkunft ist ein zentrales Anliegen. Seit dem 1. November 2020 ist bei der Luzerner Polizei zudem der Brückenbauer tätig. Er hat keine nachrichtendienstliche Funktion, sondern soll vorausschauend und integrierend wirken. Wir glauben im Gegensatz zur SP, dass der Brückenbauer diese Aufgabe übernehmen und umsetzen wird. Im Kanton Luzern wohnt eine grosse Anzahl Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion und Ethnie. Es gibt also einen grossen Bedarf für einen interkulturellen Austausch, und dieser soll über den Brückenbauer stattfinden. Die Luzerner Polizei und Justiz ist sensibilisiert für dieses Thema, und es existiert aus Sicht der CVP in diesem Bereich kein weiterer Handlungsbedarf.

Judith Schmutz: Die Beantwortung dieser Anfrage stimmt die Grünen und Jungen Grünen grundsätzlich positiv. Tagtäglich sind Personen mit einem anderen Aussehen oder Verhalten Diskriminierungen ausgesetzt. Dabei gerät die Arbeit der Polizei regelmässig in die Kritik. Der Regierungsrat zeigt in der Antwort auf, dass im Kanton Luzern keine Fälle bekannt sind, wo Personen ohne sachlichen Grund kontrolliert oder durchsucht wurden. An dieser Stelle danken wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Luzerner Polizei, welche tagtäglich dieser anspruchsvollen Arbeit nachgehen und sehr gute Arbeit leisten. Diskriminierung ist ein gesellschaftliches Problem. Sie zieht sich durch alle Altersschichten, Bildungsstufen, Branchen usw. Hier muss man anpacken. Es braucht eine Durchmischung der Kulturen in den verschiedenen Arbeitsfeldern, damit die Vorurteile in unseren Köpfen endlich verschwinden und eine offene Gesellschaft möglich ist. Das Postulat von Noëlle Bucher zeigt beispielsweise auf, wie die Luzerner Polizei durch Personen mit C-Bewilligung vielfältiger aufgebaut werden kann, sodass Fachpersonal vorhanden ist, welches einen anderen

Blickwinkel mitbringt. Diskriminierung kann nur begegnet werden, indem Vorurteile abgeschafft und die Offenheit für neue Kulturen aufgebaut werden kann. Wie schon mehrfach erwähnt, hat die Luzerner Polizei die Stelle eines Brückenbauers oder später vielleicht einer Brückenbauerin geschaffen. Ziel ist die Kontaktherstellung mit den verschiedenen Kulturen und der Polizei, eine enorm wichtige Aufgabe. Da im Kanton Luzern viele verschiedene Kulturen und Herkünfte vorhanden sind, braucht es den interkulturellen Austausch. An den Brückenbauer können sich beispielsweise Menschen wenden, welche von Polizistinnen und Polizisten zu oft kontrolliert werden. Ich bin mir noch nicht sicher, ob die Stelle einen präventiven oder eher reaktiven Charakter besitzt. Das werden wir sehen. Auf jeden Fall haben Kantone wie Zürich, Bern oder Basel-Stadt bis jetzt gute Erfahrungen mit einem Brückenbauer oder einer Brückenbauerin gemacht. Das ist ein guter Anfang, auch für den Kanton Luzern.

Pirmin Müller: Alle Jahre wieder wird den Polizei- und Justizbehörden Racial oder Ethnic Profiling unterstellt. Das hat System und ist ideologisch beabsichtigt. Schauen wir uns das doch einmal genauer an: Es ist erwiesen, dass Bereiche der organisierten Kriminalität unter bestimmten Personengruppen aufgeteilt werden. Es ist darum auch sinnvoll, dass diese gezielt kontrolliert werden. Die auf Erfahrungswerten basierenden Kontrollen gezielt mit Rassismus in Verbindung zu bringen, ist unsinnig und muss vehement zurückgewiesen werden. Es wird damit eine Stimmung geschaffen, mit der die Arbeit der Polizei und der Justizbehörden in ein schlechtes Licht gestellt wird und diese unter den Generalverdacht des Rassismus stellt. Das ist infam und nicht gerechtfertigt. Ich halte fest, dass die Polizei und die Justizbehörden vorbildlich ausgebildet und dementsprechend sensibilisiert sind. Sie leisten Grossartiges unter nicht einfachen Bedingungen und haben es nicht verdient, dass sie und ihre Arbeit gezielt in ein schlechtes Licht gerückt werden.

Jim Wolanin: Ich danke Melanie Setz Isenegger für die Anfrage. Sie bietet der Polizei die Möglichkeit, über fünf Seiten lang darzulegen, was sie alles unternimmt, um dem Diskriminierungsverbot gerecht zu werden. Die Polizei ist sich ihrer Verantwortung bewusst. Rassismus hat keinen Platz. Die Polizei ist mit vielfältigen Massnahmen, mit Aus- und Weiterbildungen und dem sogenannten Brückenbauer aktiv. Natürlich darf man sich keine Illusionen machen. Ganz egal wie stark sich die Polizei engagiert, bei einem Korps von über 800 Personen, welche unter enormem Druck stehen, kann man nie zu 100 Prozent sicher sein, dass es keine rassistischen Vorfälle mehr gibt. Das ist aber ganz sicher nicht die Regel und wird von der Führung gezielt bekämpft. Wer denkt, die Polizei sei rassistisch, der kennt die Realität nicht. Ich mache ein Beispiel: Seit 2012 gibt es den Verein «rocConakry», welcher vom Luzerner Polizisten Roger Glur gegründet wurde. Roger Glur hat im Rahmen von Ausschaffungen das Leid vor Ort gesehen und konnte nicht anders, als selber direkt vor Ort zu handeln und unzähligen Waisen zu helfen. «RocConakry» setzt sich für diverse Waisenhäuser in Guinea ein. Sie haben unterdessen sogar ein eigenes Waisenhaus gebaut und betreiben dieses sehr erfolgreich. Der Verein arbeitet vollkommen unentgeltlich, sogar die Reisen werden privat finanziert. Jeder gespendete Rappen kommt eins zu eins vor Ort an. Finanziert wird der Verein hauptsächlich durch Spenden aus dem Polizeiumfeld. Wenn Sie also an die Polizei denken, dann denken Sie bitte nicht an Rassismus, sondern denken Sie an diesen Verein. Denken Sie an das grosse Engagement und die private Initiative von Personen rund um das Korps der Luzerner Polizei, welche sich mit enormem Herzblut, mit Freizeit und mit eigenem Geld direkt in Afrika einsetzen.

Samuel Zbinden: Ich danke der Regierung für die Beantwortung der Fragen von Melanie Setz Isenegger. Ich bin froh und dankbar, dass sich auch die Regierung und die Polizei der Problematik des Racial Profiling grundsätzlich bewusst sind. Auch möchte ich positiv anmerken, dass die Aus- und Weiterbildungen für Polizistinnen und Polizisten bei uns in der Schweiz und im Kanton Luzern zum Glück ein bisschen länger gehen und damit auch seriöser sind, als dies teilweise in der USA der Fall ist. So können gerade auch Themen wie Diskriminierung oder eine antirassistische Grundhaltung angegangen werden. Das alles ist lobenswert. Weil aber eine unabhängige Meldestelle und damit eine statistische Erfassung von Racial Profiling fehlen, können wir hier gar keine zahlenbasierte Diskussion darüber

führen, wie gross das Problem wirklich ist. Wenn man keine Zahlen hat, beruft man sich auf seine eigenen Erfahrungen. Es erstaunt darum nicht, dass, wenn 120 weisse Kantonsrätinnen und Kantonsräte mit fünf weissen Regierungsräten darüber diskutieren, ob es wohl in der Luzerner Polizei Fälle von Racial Profiling gibt, man sich grossmehrheitlich einig ist, dass es das Problem nicht gibt. Man selber wurde ja noch nie kontrolliert ohne Sachgrund. Hören wir aber Menschen zu, die tatsächlich von Rassismus betroffen sind, auch hier im Kanton Luzern, zeigt sich ein anderes Bild. Natürlich, und damit möchte ich mich gegen die Unterstellungen von Pirmin Müller wehren, machen die allermeisten Polizistinnen und Polizisten grossartige Arbeit. Natürlich können Fehler passieren. Aber wenn man den von Rassismus betroffenen Menschen zuhört, dann erzählen diese, dass sie Dutzende Male ohne Sachgrund angehalten werden, während das zum Beispiel mir noch nie passiert ist. Wenn wir schon bei Erfahrungsberichten sind, möchte ich auch noch einige erzählen. Wenn nicht gerade Corona ist, bin ich selber sehr gerne an der Baselstrasse unterwegs. Ich selber habe trotz hoher Polizeipräsenz an der Baselstrasse noch nie eine Kontrolle über mich ergehen lassen müssen. Ich wurde noch nie von einer Polizistin oder einem Polizisten angehalten. Gleichzeitig werden Menschen mit dunkler Hautfarbe in meinem Alter, welche auch nur in den Ausgang wollen, ständig kontrolliert, das habe ich selber erlebt. Darum würde es uns allen gut tun, aus unserer sehr weissen Blase hinauszugehen. Aus diesem Grund wäre es auch wichtig, dass hier im Kantonsrat nicht nur Menschen ohne Migrationshintergrund und nicht nur Menschen vertreten wären, die selber nicht von Rassismus betroffen sind. Dann würden wir deren Stimme auch etwas lauter hören.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Wichtig ist, dass wir das Thema der Einhaltung des Diskriminierungsverbots in jeglicher Hinsicht ernst nehmen. Das wurde hier in diesem Saal mehrheitlich gesagt. Diskriminierung geht nicht, und das Diskriminierungsverbot in allen Bereichen und vor allem im rechtlichen Bereich ist eine rechtsstaatliche und demokratische Errungenschaft. Es braucht dazu aber Sensibilität und eine entsprechende Ausbildung. Beides machen wir bei der Polizei, um Diskriminierungen zu vermeiden, weil solche in einem Rechtsstaat nichts zu suchen haben. Weiter gehende Massnahmen sehen wir nicht als notwendig an. Wir leisten uns in der Schweiz eine nochmals verbesserte Ausbildung. Nach einem Jahr Schule kommen die Auszubildenden ein Jahr in die Ausbildung mit Monitoring und Schulungen on the Job, und da geht es darum, Diskriminierungen jeglicher Art durch eine Behörde wie die Polizei zu verhindern.